

Verlagsstelle und Redaktion
Breslau, G. 16, Schillingstraße 45

Verlagsnummer 21 800
Postfachkonto Breslau Nr. 14797



Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Reichshauptstadt über den Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. 6.00 M., Ausgabe B 6.45 M. In Preußen und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.35 M., Ausgabe B 6.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sperrstunden der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für 10 Zeilen 60 J. im Restatell 1.50 M. Familien-Anzeigen 50 J. — Für unbedeutend gedruckt und nicht mehr als 10 Zeilen aufgeführt. — Für die Berechnung der Anzeigen sind die Zeilen mit dem Inhalt zu rechnen.

Gegen Schund und Schmutz im Film

Schon längst war es eine Forderung aller Deutschen, die nur mit tiefem Schmerz die immer weiter fortschreitende Demoralisierung unserer Nation verfolgen können, daß der Film von Unrat, die besonders in der letzten Zeit durch gewisse Filmzeugnisse bis in die entlegensten Ecken unseres Vaterlandes getragen wurde, endlich ein Damm entgegengestellt werde. Leider müssen wir ja als Folge des Krieges auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens eine geradezu erschreckende Verminderung der Sitten konstatieren, die immer neu gemahnt wird durch die verschiedensten Begleitumstände unserer Zeit und durch so manche Erregungsmomente menschlichen Geistes. Daß unter diesen Begünstigten der Unterweltung von Lust und Sünde der Film mit an erster Stelle steht, ist jedem ohne weiteres klar, der mit offenen Augen durchs Leben geht. Man braucht sich ja nur die Plakate und Anpreisungen so mancher Lichtspieltheater anzusehen, und zwar nicht nur des armenlichen Vorstadtkinos, sondern ebenso gut so mancher Kinopalastes in den Hauptstraßen der Großstadt; man braucht ja nur einen Blick in so manche Lichtspieltheater zu tun, um die verderbliche Wirkung so vieler Filmvorführungen zu erkennen. Das Gift, das der Film in die Herzen unseres Volkes trägt, ist um so verderblicher, als das Lichtspieltheater heute nicht mehr nur das Theater des Reinen Mannes, des Arbeiters und des Handwerkers ist, sondern seine Besucher in allen Schichten, von der höchsten bis zu den untersten, des deutschen Volkes findet. Besonders bedenkliche Formen haben die Darbietungen im Lichtbild erreicht, seitdem am 12. November 1919 der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk mit Gesetzeskraft bestimmte, daß eine Zensur nicht mehr stattzufinden habe, womit natürlich dann auch die Vorprüfung der Filme in Wegfall kam. Rücksichtslos warf sich struppeliger Geschäftssinn auf die Ausbeutung der niedrigsten Instanzen und erreichte in den sogenannten „Auslängerfilmen“ einen Höhepunkt, der kaum noch an Schamlosigkeit zu überbieten ist. Das Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit, das man diesen Schmutzfilmen umzuhängen liebte, war allzu fadenförmig, um auch nur in etwas den wahren Charakter und eigentlichen Zweck der Maske zu verhallen. Aber der Kern des deutschen Volkes ist noch gesund, und noch vermochte das Gift der durch den Film verbreiteten Schamlosigkeit nicht alle Herzen anzunagen. So kam es denn in verschiedenen Städten Deutschlands und selbst in Berlin, bei der Vorführung dieser sogenannten Auslängerfilme zu lebhaften Protestkundgebungen der Zuschauer, die die geschäftstüchtigen Kinobesitzer zwangen, diesen Schund und Schmutz vom Spielplan abzulegen. Daß es so nicht weitergehen konnte, war allen Einsichtigen klar, und auch aus den Kreisen des Lichtspielgewerbes selbst erhoben sich Stimmen, die ein Mittel zum Einbreiten gegen solche Kollegen forderten, die sich ihre Taschen auf Kosten der allgemeinen Moral füllen wollten. Immer lauter wurde der Ruf nach einer Zensur, bei der man sich nur noch nicht über die Art, in der sie gehandhabt werden sollte, klar war. Nur darüber war man sich einig, daß diese Zensur nicht in der Weise gehandhabt werden dürfe, wie sie früher bürokratisch nach dem Schema F ausübte. Auch die Reichsregierung konnte sich in Erkenntnis der schweren Schäden, die unserer geistigen Volksgesundheit von den Auswüchsen des Kinowesens drohten, nicht verschließen, und so hat sie denn jetzt dem Reichsrat den „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zensur von Bildstreifen für Lichtspiele (Filme)“ zugehen lassen. Am meisten interessiert aus dem Entwurf die Zusammensetzung der Prüfungsstellen, die aus Beamten und Sachverständigen gebildet werden, wobei von den Sachverständigen je ein Drittel den Kreisen des Lichtspielgewerbes, den Kreisen in Kunst und Literatur bewanderten Personen, sowie den Kreisen der auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, der Volksbildung oder der Jugendpflege besonders erfahrenen Personen entnommen werden sollen. Gegen diesen Entwurf machen sich aber bereits in allen beteiligten Kreisen, und auch in den Kreisen der Regierung, lebhaft Bedenken geltend, besonders gegen die Bestimmung, daß der Beamte als Vorsitzender, auch ohne die Sachverständigen zugezogen zu haben, selbständig Entscheidungen treffen kann. Doch ein Entwurf ist dazu da, daß durch Beratungen und, wo es nötig ist, geändert wird. Das erfreuliche ist, daß jetzt endlich Ernst gemacht wird im Kampfe gegen den Schmutz und Schund im Film. Sicherlich wird es bei gutem Willen aller Beteiligten dann auch gelingen, gegenläufige Auffassungen auszugleichen zum Wohle unseres Volkes und unserer inneren Wiedergeburt.

Zentrum und Landwirtschaft in der Nationalversammlung

Von E. Hebel, Mitglied der Nationalversammlung

Die deutsche Nationalversammlung hatte, wie schon ihr Name: „Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung“ besagt, zunächst und hauptsächlich die Aufgabe, dem deutschen Volke auf Grund des abgeschlossenen Waffenstillstandes den Frieden nach außen und nach dem Innern durch die Revolution durch Schaffung einer Verfassung den Frieden nach innen wiederzugeben. Aber ebenso dringlich wie der Ruf nach Frieden machte sich der Schrei nach Brot geltend. Die Nationalversammlung konnte und durfte daher an der Lebensfrage des deutschen Volkes, an dem Wiederaufbau seines zerstörten Wirtschaftslebens nicht achtlos vorübergehen. Und sie hat das auch nicht getan. Mit unermüdlichem Fleiß und nicht ohne Erfolg hat sie hier eingegriffen. In den allerwichtigsten Zweigen unseres Wirtschaftslebens gehört die Landwirtschaft. Der Nährstand ist und bleibt, wie er es

vor und während des Krieges war, ebenso und noch mehr nach dem Krieg und der Revolution der lebenswichtigste Stand unseres Volkes.

Was hat nun die Zentrumsfraktion in der deutschen Nationalversammlung zugunsten, zur Rettung, Erhaltung und Förderung des deutschen Bauernstandes getan?

Auf diese Frage möchte ich in den folgenden Ausführungen Antwort geben! Nicht eine erschöpfende Antwort! Ich kann auch dem vielen nur das Wichtigste, nicht einmal alles Wichtige zusammenstellen. Ergänzungen und namentlich weitere Ausführungen müssen vorbehalten bleiben bis zum Abschluß der Arbeiten der Nationalversammlung.

I. Im Plenum der Nationalversammlung

a) Neben im Plenum der Nationalversammlung
1. Am 6. Februar 1919 trat die Nationalversammlung zusammen. Schon am 19. Februar, aus Anlaß der allgemeinen Aussprache im Anschluß an die programmatische Erklärung der Reichsregierung wurde die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes behandelt. Im Namen der Zentrumsfraktion sprach einer der besten Kenner des Wirtschaftslebens in Deutschland und weit darüber hinaus, Dr. Mayer (Schwaben), zu diesen Fragen. Bezüglich der Landwirtschaft wies er hin auf den beispiellosen Aufschwung der deutschen Landwirtschaft vor dem Kriege und ihre benunberungswürdigen Leistungen während desselben und betonte, daß dieselbe auch jetzt der wichtigste Teil unserer Binnenwirtschaft sei. Darum müsse derselben auch die größte Beachtung und Förderung zuteil werden. „Von der Heimatshalle muß die Befundung (unseres Volks- und Wirtschaftslebens) ausgehen. Wir müssen unbedingt so weit kommen, daß unsere heimische Landwirtschaft dem inländischen Konsum, soweit es irgend möglich ist, genügt, und wir werden unsere Lebenshaltung diesem Erfordernis anpassen müssen.“ (Sten. Ber. S. 188.)

2. Am 1. März sprach der Abgeordnete Dr. Heim bei der dritten Beratung des Entwurfes eines Uebergangsgesetzes in Verbindung mit einer Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung. Er äußerte sich dabei über die Fragen, wann und inwiefern ein Zwang zur Feldbestellung am Platze und gerechtfertigt sei, über den Zwang in der öffentlichen Wirtschaft, sowohl was Verteilung der Güter als was Produktion anbelangt und anerkannte unter Umständen deren Notwendigkeit und wies besonders hin auf die Gefahr der Verdrängung der Landwirtschaft an der Arbeit, wie sie von gewisser Seite getrieben wurde und die im Augenblicke (im Frühjahr, zur Zeit der Saatbestellung) geradezu „himmelstreichend“ sei. Diese Lebensmittelsituation ist geradezu furchtbar im gegenwärtigen Augenblicke, wenn man bedenkt, daß wir noch ungedroschenes Getreide aus Kohlenmangel liegen haben.“ (S. 432.)

3. Am 10. März 1919 kam im Plenum der Nationalversammlung zur Verhandlung die Interpellation (Müller (Breslau), Gröber und v. Payer, also der drei Mehrheitsparteien), betreffend Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes in Verbindung mit der Interpellation der Rechten (Arnstadt-Dr. Heine), betreffend Beförderung der Ernte 1919, sowie mit dem Berichte des Volkswirtschaftsausschusses über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft. Diesmal war es der Abgeordnete Heim, ein Bauer vom Niederrhein, der aber auch landwirtschaftlichen Besitz im Osten hat, und darum die landwirtschaftlichen Verhältnisse genau kennt, der den Standpunkt des Zentrums vertrat. Abgeordneter Heim zog die ganze wirtschaftliche Lage und Frage in den Kreis seiner Ausführungen. Er behandelte die Ursachen der landwirtschaftlichen Notlage, wobei er besonders die vielen, oft verkehrten, vielfach geradezu verderblichen Maßnahmen während des Krieges und noch nach demselben geistete. Er sprach sich gegen Zwangsverteilung aus, vertrat aber den Standpunkt, daß an eine völlige Aufhebung der Zwangsverteilung noch nicht heranzutreten werden könne; dafür müsse aber in der Preisgestaltung mehr Rücksicht genommen werden auf die kolossale Steigerung der Kosten der landwirtschaftlichen Erzeugung. Zur Hebung der Produktion verlangte er eine Reihe von Maßnahmen: so Lieferung von mehr Kunstdünger, Futtermitteln, Kohlen, bessere Ausbildung der Landwirte, namentlich auch der landwirtschaftlichen Frauenwelt und erstliche Inangriffnahme der Arbeiterfrage für das Land. (S. 639 u. ff.)

4. Derselbe Redner äußerte sich am 28. März zur Verordnung über Sicherung der Acker- und Gartenbestellung und am 1. Juli zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Siedlungsland. Er betonte die Bedeutung dieser Maßnahmen namentlich als Mittel gegen die Landflucht und zur Herbeiführung einer gesunden Mischung des Besitzes (Groß-, Mittel- und Kleinbesitz), zur Schaffung von Bauerntütern mittlerer Größe, zur Urbarmachung von Leeland, zur Errichtung von Wohnstätten und Ansiedlung von Landarbeitern. In letzterer Hinsicht machte er aber zur Vorsicht: vorherige Schulung der Ansiedler sei notwendig, um nicht große Enttäuschungen und wirtschaftlichen Ruin zu erleben.

5. Von großer Bedeutung war die Rede des Abgeordneten Dr. Braun (Oldn) bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums. Dr. Brauns behandelte in großen Zügen unsere gesamte Volkswirtschaft und im Rahmen derselben auch die Landwirtschaft. Entsprechend der großen Bedeutung derselben verlangte er, daß sie auch eine entsprechende Vertretung im Reichsministerium haben müsse und daß deshalb in demselben eine eigene Abteilung für Landwirtschaft mit einem Ministerialdirektor an der Spitze errichtet werden solle. Diese Forderung des Zentrums ist inzwischen auch erfüllt worden. Im übrigen behandelte Dr. Braun auch bei dieser Gelegenheit wieder die alten Wünsche und Klagen der Landwirtschaft: forderte allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft, Freigabe d. B. der Kartoffeln, des Zuckers, viellecht auch des Viehes bzw. Fleisches usw., ganz besonders aber Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Dementsprechend soll ein besonderes Prämiensystem eingeführt werden. (Sten. Ber. S. 3462ff.)

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland und der Heilige Stuhl

Wie bereits gemeldet, weilte in diesen Tagen der päpstliche Nuntius Pacelli zu Verhandlungen in Berlin. An der Besprechung nahmen die Vertreter des Reiches und des preussischen Staates teil. Es zeigte sich dabei, daß Uebereinstimmung in der Anschauung bei allen Teilnehmern herrschte, daß der in der Bulle De salute animarum vom 1821 festgelegte Vertrag durch die Reichsregierung in keinem Punkte außer Kraft gesetzt ist. Reichs- und Staatsregierung, ebenso wie der Vertreter des päpstlichen Stuhles, sind der Ansicht, daß ein

Vertrag nicht einseitig aufgehoben werden kann. Allerdings ist durch die neue Reichsverfassung die preussische Regierung gezwungen, mit dem päpstlichen Stuhl in Verhandlung betreffs einer Abänderung des genannten Vertrages einzutreten, und der päpstliche Nuntius erklärte dazu die Bereitwilligkeit des päpstlichen Stuhles. Wiederholt wurde in der Unterredung betont, daß alles als sachlich zurückzuführen sei, was auf eine Absicht des Reiches hinzubedeutet, als wollten sie einen Kampf gegen Kirche und heiligen Stuhl aufnehmen. Es sei der dringende Wunsch der deutschen Behörden, mit dem päpstlichen Stuhl in vollem Einvernehmen zu arbeiten.

Der Apostolische Nuntius Ezzeluzi Pacelli empfing in seinem Abteilungsquartier in der Niederallee einen Redakteur der „Germania“. Der Herr Nuntius äußerte sich sehr befriedigt von der ausgesprochenen Freundlichkeit, mit der ihm alle Bekannten, bis zu den höchsten, begegneten und fand warme Worte der Anerkennung für die besonderen Aufmerksamkeit, die sie ihm als dem Bevollmächtigten des Heiligen Vaters erwiesen. Es sei nicht zu verkennen, daß die Reichs- und Landesregierung das Papsttum als außerordentlich bedeutsamen Faktor für das Völkerverständnis schätzten. Der Herr Nuntius ist nicht bloß auf der Durchreise nach Berlin gekommen, sondern er hatte mit den Behörden Wichtiges zu verhandeln, vor allen Dingen über die Neuordnung des Verhältnisses zwischen dem hl. Stuhl einerseits und Deutschland und Preußen andererseits, und er hofft, daß man mit beiderseitigem Einverständnis zu einem glücklichen Abschluß gelangen wird. Seine Ezzeluzi bestätigte das, was Kardinal Vertram über die warmherzige Teilnahme des hl. Stuhles an Deutschlands Schicksale gesagt hatte, und versicherte, daß alle die deutsche Nation und besonders die deutschen Katholiken betreffenden Fragen vom hl. Vater selbst mit regstem Interesse für die Beteiligten verfolgt werden.

Zum Diner beim Herrn Reichspräsidenten Ebert waren auch eingeladen Herr Prälat Dr. Kleinedam, der Abt von Konigsee Schioppa und die beiden Minister Erzberger und Giesberts.

Kardinal Vertram, Fürstbischof von Breslau, der auf der Heimreise in Berlin weilte, empfing ebenfalls einen Redakteur der „Germania“ in Audienz. Der Kirchenfürst versicherte dabei u. a., daß der Heilige Vater von der bekräftigten Lage und Lebensmittellage Deutschlands mit wahrer Anteilnahme gesprochen habe und auf jede mögliche Weise helfen wolle. Besonders gefreue ihn auch das Schicksal der deutschen Gefangenen zu Bergen und er hoffe, daß seine wiederholten Bemühungen um ihre Heimkehr bald Erfolg haben werden. Der Hüter von 80 000 Schültern der Stadt Breslau an den hl. Stuhl um Rückgabe ihrer kriegsgefangenen Väter machte auf seine Heiligkeit den tiefsten Eindruck.

Mit Freuden vernahm Papst Benedikt XV., was ihm der Herr Kardinal von der tapferen Haltung der deutschen Katholiken gegenüber neuen Kulturkampfmaßnahmen und von ihrem treuem Zusammenhalten bei den Wahlen berichtet konnte. Der Heilige Vater ist über die religiösen und kirchenpolitischen Fragen, die in Deutschland brennend geworden sind, vorzüglich unterrichtet und verfolgt sie mit dem lebhaftesten Interesse. Der Herr Kardinal empfand es als ganz besondere Kameradschaft, daß der hl. Vater ihm die Titelkardine des verstorbenen Kardinals Kopp, seines Vorgängers, versehen hat. Der Gesundheitszustand des Papstes ist ein ganz vortrefflicher, seine tägliche Arbeitsleistung außerordentlich bewundernswert. Während im Vatikan alles seinen gewohnten Gang geht und gerade die liebevolle Aufnahme und das besondere Wohlwollen, das der hl. Vater und der Kardinalstaatssekretär seiner Eminenz als dem deutschen Botschafter entgegenbrachte, sowie auch das hebräuliche und offenherzige Verhalten der übrigen Kardinele, ihn äußerst sympathisch berühren, machten die deutschen Nationalistenaufregung der Anima und des Campofans in ihrer Verblendung auf ihn einen traurigen Eindruck. Es besteht jedoch nach den ausbräulichen Erklärungen der Protektoren heiliger Stiftungen, der Kardinele Camerelli und Merri del Val begründete Hoffnung, daß beide Stimmgeber ihrer alten Bestimmung erhelten bleiben. Ueber das Entgegenkommen der preussischen Eisenbahnverwaltung sprach sich der Herr Kardinal sehr anerkennend aus; auch die italienischen Behörden waren von vorwommender Höflichkeit. Eine Antipathie gegen Deutschland ist nirgends in Erscheinung getreten. Lebhaft bedauert wurde im Vatikan, daß der preussische Gesandte von Posen noch nicht eingetroffen war.

Revolutionstreifs

Wenn wir heute unter einem großen Wirtschaftselend leiden, unter Kohlennot, Kartoffelmangel, Verkehrseinschränkungen, Verkehrshemmnissen u. a. m., so tragen daran mit ein vollgerichtetes Maß von Schuld jene Revolutionstreifs, die vornehmlich im ersten Halbjahr der Revolution wichtigste Erzeugungsbereiche unserer Wirtschaft lahmlegten, und im Kreislaufe der Dinge die schlimmsten Folgen nach sich zogen. Im Novemberheft des Reichsarbeitsblattes werden die einzelnen Ziffern dieser Revolutionstreifs bekanntgegeben. In der Tat gerade kein erfreuliches Bild vielfach unbegründeten, unüberlegten, und darum um so schädlicheren Streiksiebers!

Nach den Angaben des Organs des Statistischen Amtes des Reiches brachen in der Zeit vom 7. bezw. 9. November bis zum Jahresabschluss 1918 273 Streiks aus, nämlich 183 wirtschaftliche und 90 politische, durch die 5725 Betriebe in Mitleidenschaft gezogen wurden mit 724 286 Arbeitern. Die Mehrzahl der Streiks entfällt auf den Bergbau und die Maschinenindustrie. Durch die Revolutionstreifs gingen nicht weniger als fast 2 Millionen Arbeitstage in neun Revolutionswochen verloren. Mit Recht bemerkt im Anschluß an diese Ziffer in einer Besprechung der jüngsten Streikstatistik in der „Deutschen Allg. Ztg.“ (1919, 588) Reg.-Rat Dr. Rathenau: „Daß diese ungeheuren Arbeitsverluste während des Umsturzes nicht ohne Beeinträchtigung

des Wiedererlebens unserer zusammengebrochenen Wirtschaft ertragen werden könnten, liegt auf der Hand!

Man erinnere sich ferner daran, daß bei dem für die Arbeiterchaft verlorenen Metallarbeiterstreik im Herbst 1919 die Geldverluste der Hauptmasse des Metallarbeiterverbandes mit nicht weniger als 18 Millionen Kr. angegeben seien, um dann zu folgern: „Wenn die Arbeiterchaft durch solche Schicksale darüber aufgeklärt wird, welche Gefahren ein gewerkschaftlich nicht genügend vorbereiteter und unterstützter Streik für sie mit sich bringt, so hätte die Statistik schon wohlthätige Wirkungen erzielt. Die ungeheuren Schädigungen für den einzelnen bei organisiertem Streik wachsen entsprechend bei den „wildem Streiks“, d. h. solche, die ohne Genehmigung durch eine Organisation, ohne vorangegangene Anfrage und nicht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses der Streiklustigen ausbrechen. Leider gibt auch hierüber die Statistik keine Auskunft, eine Lücke, die sich hoffentlich in späteren Jahren ebenfalls wird ausfüllen lassen. Erwidert man dann noch, daß schließlich von den wirtschaftlichen Streiks im Jahre 1918 — die politischen kommen hierfür nicht in Betracht — nur 33,8 v. H. mit einem Erfolge für die Arbeiter ausgingen, so gelangt man immer wieder zu der Kernfrage des ganzen Problems, ob wirklich die Streiks die geeignete Waffe der Arbeiterchaft zur Durchsetzung ihrer noch so berechtigten Forderungen sind, oder ob sie sich nicht als zweifelhafte Schwert darstellen, das dem Angreifer mehr Schaden zufügen kann als dem Angegriffenen. Nebenfalls darf — und das lehrt eindringlich auch die neueste Streikstatistik — von dieser Waffe nur im äußersten Notfall und nur unter Beachtung aller gängig erprobten Regeln des Arbeiterkampfes Gebrauch gemacht werden.“

Um so notwendiger ist ein Ausbau des Schlichtungswezens, das ja mit der Durchführung des Betriebsstrategie einhergehen soll. Abgesehen von den Fällen, wo die Arbeiter durch kommunistischen Terror in den Streik getrieben werden, sollten diese selbst bei jedem Streik nicht nur an sich selbst denken, sondern vor allem auch in Rücksicht ziehen, was sie der deutschen Wirtschaft und der Allgemeinheit schuldig sind. Nach dieser Richtung gehören die Revolutionsstreiks gerade nicht zu den Ruhmesblättern der deutschen Arbeiterchaft, zumal nicht nach dem Befehntnis zur industriellen Gemeinschaftsarbeit, zu dem im November 1918 die Arbeitnehmerverbände sich feierlich verpflichtet hatten.

Warum lese ich eine katholische Zeitung?

Von Frh Gantner-Kreuzenther (D. L.) Ich will für mein Haus vor allem eine Zeitung, die auf dem Boden der christlich-katholischen Weltanschauung steht. Diese ist aber vielen Vorkäufen ausgelegt, wenn ich Sonntags das Wort Gottes anhöre und an den übrigen sechs Wochentagen mir von einer Zeitung predigen lasse, die in mir das zu veranlassen sucht, mir heilig zu sein. Jedoch Schätze verbirgt man in festen Truhen, die man zu öffnen aber lassen viele rühlig vom Weibe einer gewöhnlichen Presse vergisst. Welch ein Widerspruch! Und Tatsache ist auch, daß den, der nicht von einer gutgläubigen Zeitung aufgemuntert wird, die Kirchenglocken bald vergebens rufen.

Eine Zeitung, die Priester und Bischöfe beschimpft, soll keinen Zutritt in eine katholische Familie haben. Bei diesen Verunglimpfungen bleibt es gewöhnlich nicht, denn bei nächster Gelegenheit geht's über die Kirche im besonderen her. Soll ich mir so nach und nach meine Gesinnung untergraben lassen?

Jeder Katholik ist im Gewissen verpflichtet, die Kinder in Geste seiner Religion erziehen zu lassen. Daher ist es nicht gleichgültig, welche Zeitung gehalten wird. Die, welche für die konfessionslose Einzelkindschule eintritt und Propaganda macht für die Wänsche der Holo-Roten, unterbricht den Willen einer Minderheit. Das kann nicht einen katholischen Mann erheben. Einzige und allein der Zentrumspartei verdanken wir die Möglichkeit der Konfessionschule. Die katholische, die Zentrumszeitung tritt ein für die christlich-religiöse Erziehung der Kinder, daher lese ich sie.

In der schweren Zeit vermag allein der christliche Geist ein Volk vor Verwirrung zu bewahren. In ihm liegt auch die Wurzel, die in der christlichen Nächstenliebe herrliche Blüten der treuen Pflichtenfüllung gegen die Gesamtheit treibt. Doch unser Wirtschaftsleben nicht ganz zusammenbrach, damit kann sich das Zentrum ein gutes Teil Verdienst kaufen. Daß bei Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages der Krieg von neuem über uns hereinbrach, veranlaßte das Zentrum schweren Herzens, das Vaterland zu retten, selbst wenn die Partei damit die letzte Lebensüberzeugung getan hätte. Das Zentrum arbeitete schon seit Juli 1917 für den Frieden. Es wußt sich die Wege dafür, wie warm das Zentrum für die Forderungen des Christentums eintritt. Dabei gehört in eine katholische Haus eine Zeitung, die dem Charakter nach katholisch ist.

Die katholische Zeitung muß den Geist des Humanismus verwerfen, ebenso wie das unhaltbare Gegenstück des materialistischen Sozialismus. Ich will eine Zeitung, die den christlichen Solidarismus vertritt und nicht extremen Kommunismus predigt oder Drogenverehrung des wachen und vernünftigen Kapitalismus. Ohne Sicherung der Arbeit ist eine Steigerung der Vererbung mit Wätern unmöglich. Daher wollen wir, daß unser jenseitiges Wirtschaftsleben nicht zusammenbricht, sondern daß es neu auf- und ausgebaut wird.

Die katholischen Zeitungen forderten in dem geschlozenen Zustande nach der Revolution Wahlen und Nationalversammlung. Nun haben wir durch das Verfassungsgesetz von Weimar wieder Recht und Gesetz im deutschen Lande. Mit gutem Gewissen kann das Zentrum sagen, daß es eingetreten ist für Wahrheit, Recht und Freiheit. Der Dolmetschlicher Partei ist die Zentrumspartei, die dieses Programm an der Stirn trägt. Wenn diese drei Worte nicht leerer Schall sind, der nur dafür sorgen, daß diese Zeitung auch den Platz einnimmt, der ihr gebührt, der muß für neue Bezirker werden, damit die großkapitalistische Presse unserer Nation nicht erdrückt. Und in Sachen liegt das Gewissen der „christlichen Volkspartei“ am Herzen. Sie ist allezeit die Sachwalterin unserer Angelegenheiten gewesen als Katholiken und Zentrumshänger. Daher wird die Mahnung des Verlegers nicht ohne Erfolg sein: „Wer neue Bezirker gewinnt, hilft die Auflage auf das Dreifache bringen.“

Scheidemann über die Gefahr des Bolschewismus für Deutschland

Das ungarische Blatt „Az Est“ veröffentlichte eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Scheidemann, der a. a. folgendes sagte: Die Gefahr des Bolschewismus besteht in Deutschland noch immer. Abgesehen von der Arbeiterchaft der kommunistischen Partei gibt es sehr viele Ursachen, welche die Verbreitung der kommunistischen Ideen fördern, in erster Reihe und dies die schrecklichen wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Ein Teil der Menschen glaubt, daß in der bolschewistischen Welt alles gut ist. Dazu kommt die kurzfristige und verhängnisvolle Politik der Entente. Wir sehen Korrespondenzen, die es unmöglich, daß Deutschland wirtschaftlich in Ordnung kommt und das kann dann nicht, das es überhaupt keine Regierung geben wird, welche diese Korrespondenzen erfüllen kann. Wenn die gegen-

wärtige Regierung demissioniert, so sind nur die Unabhängigen und die Kommunisten geeignet, die Regierung zu übernehmen. Und das wäre eine Katastrophe.“

Als das Gespräch dann auf Sozialisierungsbeschränkungen kam, sagte Scheidemann: „Was kann man denn in dem heutigen Deutschland sozialisieren? Nur unsere Schulden, unser Geld und unseren Niedergang. Bloß von Kreditrisikantenerkennung und Vermögensfönden die Rede sein, aber sonst gibt es nichts zum Sozialisieren. Man darf nicht Prinzipien erlösen, sondern man muß die einzig mögliche Politik, die Politik des Kaufmännens betreiben.“

Die Pariser Verhandlungen

Paris, 31. Dezember. Der Oberste Rat der Alliierten empfing heute morgen Datska, der über seine Unterredung mit Freyherrn von Lessner Bericht erstattete, sowie General Lerond, der über die Verhandlungen zwischen den alliierten Vertretern und der von Simson präsierten Delegation berichtete. Der Rat einigte sich über alle Maßnahmen, die bezüglich des Inkrafttretens des Friedensvertrages vor dem 6. Januar, dem Tage, der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, getroffen werden mußten. Der Rat beschloß ferner, daß der Schatz der Angehörigen der Gebiete, in denen die Abkündigung vorgemasst werden soll, derjenigen Macht zufällt, deren Vertreter der Abstimmungs-Kommission des betreffenden Gebietes präsiert. Der Rat entschied, daß der Unterhalt der Besatzungstruppen in den Abstimmungsgebieten jeder an der Besetzung teilnehmenden Macht obliege. Zurückerstattung der Kosten soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugesprochen wird. Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages soll die deutsche Regierung die 192 000 Tonnen Schwimmbods abliefern. Der Rest des abzuliefernden Materials ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzuliefern.

Paris, 1. Januar. Wie die Morgenpresse meldet, hat gestern nachmittag in der Maison de la Presse der erste Zusammentritt der Kommission von Simson und der alliierten Vertreter zur Regelung der Fragen über das Inkrafttreten des Friedensvertrages stattgefunden. Von französischer Seite war General Lerond, von englischer Seite Kennie, von türkischer Seite Pavia anwesend. Von deutscher Seite nahmen an den Verhandlungen Ministerialdirektor von Simson, Geheimrat Goepfert, Graf Lerondsenfeld, Geheimrat Voehrs, Major von Michels und Major von Boetticher teil.

Paris, 1. Januar. „Reit Parisien“ sagt: Man erwarte die Antwort der deutschen Regierung in Betreff der schriftlich diktierten Zugeständnisse der Alliierten in der Scapa-Flow-Angelegenheit. Generalkretar Datska und Freyherr von Lessner hätten dem 6. Januar als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge gefaßt. Es sei aber heute schon fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des strittigen Gerichtsstandes der Abstimmungsgebiete wolle General Lerond alle Fragen so lösen, daß spätere Verwicklungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden nicht vor dem 10., ja selbst 12. Januar erfolgen dürfte. St. Pierre im „Journal“ behauptet, daß General Lerond glaube, noch etwa zehn Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Ueberleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

Die Hafenkommission

Hamburg, 1. Januar. An Bord des englischen Zerstörers „S 64“ ist am Mittwoch nachmittag, wie bereits gemeldet, die vom englischen Marineamt zusammengestellte interalliierte Sonderkommission zur Besichtigung des Hafensmaterials eingetroffen. Die aus drei Offizieren bestehende Kommission wurde vom Geheimen Baurat Loewen von der Bundesregierung, der von der Reichsregierung mit der Führung beauftragt worden ist, empfangen. Unmittelbar nach der Ankunft wurde eine Besichtigung des im hiesigen Hafen vorhandenen Schwimmbods, Bagger, Kräne und des anderen schwimmenden Materials vorgenommen. Ueber den Inhalt der mit der Besichtigung verknüpften Verhandlungen wird noch Still-schweigen bewahrt. Die Kommission wird sich, sobald sie die Arbeiten in Hamburg beendet hat, nicht nur nach Danzig, sondern nach allen deutschen Hafenstädten begeben, in denen solches Hafensmaterial zu finden ist. Wahrscheinlich wird die nächste Etappe der Rieber Hafen sein.

Deutsche Gerichtsbarkeit in den Abstimmungsgebieten

Paris, 1. Jan. Der „Temps“ berichtet: Die Vertreter Deutschlands beriefen sich auf die Bestimmung des Friedensvertrages, die die deutsche Gerichtsbarkeit in den Abstimmungs-Zonen in Kraft lasse bis zu dem Augenblick, wo die Volksabstimmung stattfinde. Die Vertreter Deutschlands erklärten, daß diese Volksabstimmungsgebiete also der deutschen Jurisdiktion unterworfen bleiben müßten. Es würde sich insbesondere daraus ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen Landesverrats vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden könnten; das aber, meint das Blatt, wäre unvereinbar mit der lokalen Vorbereitung einer Volksabstimmung, und die Alliierten würden die widerrechtliche Auslegung der deutschen Vertreter natürlich nicht zulassen, aber die deutschen Vertreter behielten sich vor, wenn sie es für nützlich halten würden, die Ansicht ihrer Regierung ja sogar die Ansicht der deutschen Nationalversammlung zu hören.

Phantasien

Berlin, 31. Dezember. Die Pariser Presse hatte gestern eine Nachricht aus Kopenhagen verbreitet, der zufolge man in unterrichteten Kreisen in Berlin einen Staatsstreich für Februar erwarte. Diesen Staatsstreich werde ein paratistischer Putz in Schwedenland vorangehen. Die Eisene Division, die jetzt 70 000 Mann umfasse, werde für die Wiedererhebung der Hohenzollern eintreten. Der Kaiser werde fortgesetzt auf dem Laufenden gehalten. Er sei jüngst von dem Grafen Wirsach, dem Grafen Dogna-Schlobitten, sowie einigen Generalen besucht worden. Weidseitig verbreitet „Le Journal“ aus Genf die Kunde, die Kaiserliche Polizei habe ganze Dallen revolutionärer Zeitschriften beschlagnahmt, die aus Deutschland stammten. Nach ausgedehnten Briefen sollte Lenin im Einverständnis mit der deutschen Regierung eine neue Revolution in Europa zu entfachen suchen. Die Bewegung solle in der Schweiz beginnen und von dort auf Frankreich und Italien ausgebeutet werden.

Man braucht nicht erst darauf hinzuweisen, wie trübe die Quellen dieser Nachrichten sind, und welche Widersprüche sie enthalten. Das genügt die Verbeirer dieser Meldungen nicht, die bekanntlich ein Hauptzweck verfolgen, Beunruhigung hervorzurufen. Man kann oft in der französischen Presse die Redensart lesen, daß Väterlichkeit läde. Aber die Pariser Presse scheint dieses Wort niemals auf sich anzuwenden.

Amerika und der Friedensvertrag

Haag, 31. Deabr. Aus Washington wird gemeldet: Die Senatoren beschäftigten sich noch immer mit der Frage, wie ein Kompromiß bezüglich des Friedensabkommens herbeigeführt werden kann. Senator Raccumber, der eine Reise im Westen der Vereinigten Staaten unternommen hatte, erklärte nach seiner Rückkehr, daß die große Mehrheit des Volkes ein Ende der Verhandlungen wegen des Friedensabkommens wünsche. Man ist bereit, den Völkerverbund mit denselben Vorbehalten zu unterstützen, aber die der Staat und Wilson sich einigen können. Senator Ring

hatte eine Beratung mit den Senatoren Walsh, Kenroot, Masenary usw. Er erklärte nachher, daß man sich über 14 Vorbehalte geeinigt habe und es möglich sei, wobei, auf dieser Grundlage die Ratifikation durchzuführen. Zu diesen 14 Vorbehalten gehören mehrere, die Senator Lodge einbrachte. So zum Beispiel, daß Amerika nicht durch die Bestimmungen der Arbeitskonferenz Verpflichtungen eingegangen hat. Die Hauptänderung, welche Senator Ring in den Lodge'schen Vorbehalten gemacht hat, bezieht sich auf Artikel 10, auf die Monroelehre, die Schantungfrage und die Einleitung zu den Vorbehalten.

Paris, 31. Dezember. Nach der Heur haben die Engländer dem Fünferat eine Note überreicht, um darauf hinzuweisen, daß die amerikanischen Streitkräfte einen Brückenkopf am Rhein, Koblenz, besetzt hielten, daß aber die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von Versailles noch nicht ratifiziert hätten, also auch keine amtlichen Vertreter in der rheinischen interalliierten hohen Kommission haben könnten. Die Note spricht die Ansicht aus, um den Beschlüssen dieser Kommission und der Verwaltung der besetzten Gebiete keinen Abbruch zu tun, wird es notwendig sein, daß der von den Amerikanern besetzte Bezirk in die französischen, englischen und belgischen Bezirke einbezogen wird.

Sibirien unter Japans Kontrolle

Haag, 31. Dezember. Aus Washington wird halbamtlich mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan eine Abmachung getroffen haben, wodurch Japan ausschließlich die Kontrolle über Sibirien erhält. Japan wird Truppen stellen, um die Linie am Baikalsee zu besetzen. Doch darf Japan diese Linie nicht überschreiten. Die tschecho-slowakischen und amerikanischen Truppen werden zurückgezogen.

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Ueber die Lage in Sibirien laufen weitere recht beunruhigende Nachrichten ein. Nicht nur haben sich die Truppen Kollschaks weiter zurückziehen müssen, sondern es herrscht auch Aufruhr gegen die Regierung, und innerhalb der Regierung selbst sind starke Schwierigkeiten entstanden. Eine Einigung über das Programm zwischen Kollschak und seinen Ministern ist noch nicht erzielt worden.

Die Politik Lettlands

Kopenhagen, 1. Januar. Wie aus Riga berichtet wird, äußert sich der lettische Minister des Auswärtigen Meijerowitz über die nächsten Ziele der auswärtigen Politik Lettlands. Der Minister bestritt, das zurzeit eine militärische Gefahr seitens des Bolschewismus vorliegt, solange die lettische Front die bisherige Stellung hält. Der Minister äußert sogar die Erwartung, daß ein Teil Lettgallens (Lettgallen ist das östlich an Lettland anschließende Gebiet, das von katholischen Letten bewohnt wird), der sich von der Roten Armee besetzt ist, von dieser geräumt werde. Der Minister kam endlich auf die schon früher von ihm vertretene Idee eines Blocks baltischer Staaten zurück und meinte, dieser würde in der Weise zustande kommen, daß Lettland zunächst eine Konvention mit Litauen schließt, der sich hernach Estland und hierauf Finnland anschließen würden. Nachdem auf diese Weise ein baltischer Staatenbund zustande gekommen, müßte eine Verständigung mit Polen angestrebt werden, die dadurch erleichtert wird, daß Polen im Begriff ist, sich mit Litauen über einige fragliche Punkte zu einigen. Einige territoriale Probleme, die Lettland und seine Nachbarn betreffen, so die Ueberlassung des Bezirks von Ball an Estland oder Polangens im Austausch gegen den Eisenbahnknotenpunkt Murawjowo an Litauen, sind zurzeit noch offen. — Nach einer Meldung aus Helsingfors sollen die baltischen Staaten zu einer Konferenz in Helsingfors am 4. Januar eingeladen werden. Auf der Konferenz will man den allgemeinen Waffenstillstand mit Sowjet-Rußland erörtern. Es ist die Absicht der Konferenz, auch ein Schutzbündnis vom Schwarzen Meer bis zum Eismeer zu schließen.

Eine Rundgebung des Reichspräsidenten

Berlin, 1. Januar. Der Reichspräsident hat den Reichsstatler gebeten, folgende Rundgebung zum Neujahrstage zu veröffentlichen:

Im vergangenen Jahre ist zwar das Chaos abgewehrt, die Einheit des Reiches erhalten und gestiftet worden, indessen mußte unter dem Druck rücksichtslosen Zwanges ein Frieden geschlossen werden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand, die Früchte vergangener und künftiger Arbeit fremder Gnade zu überantworten droht. Das beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation, Staat und Wirtschaft sich zu behaupten hoffen können, oder durch inneren Hader, dem sich äußerer Haß zugesellt, in einem endgültigen Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Kinder begraben müssen. Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Reihen zu schließen und ein jeder an seiner Arbeitsstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Äußerste zu tun.

Berlin, den 1. Januar 1920.

Der Reichspräsident: Ebert.

Der Kaiser über die Katholiken

Die „Post. Ztg.“ beginnt mit der Veröffentlichung der Briefe des früheren Kaisers an den Papen. Der folgende Brief stammt aus dem Jahre 1895. Im Deutschen Reichstage steht die sogenannte „Amsturzvorlage“ zur Debatte, die später, am 11. Mai, abgelehnt wird. Der Brief lautet:

Berlin, 7. 2. 1895.

Mein lieber Nido!

Es glöffein wird, wie ich hoffe, Dir den ganzen Haufen Porzellan ohne Schaden überbringen können. Er ist angewiesen, den Tisch so zu decken wie er aussähe, wenn Du ein Diner für fünfzig gäbest, so daß du das Ganze in Augenschein nehmen kannst. Ich hoffe, daß meine Manuskatur alles getan hat, um Deine Wünsche zu erfüllen, und daß das Geschenk für Euch beide nützlich sein wird.

Seidem die traurigen Wochen, die Du an dichleben hattest, verflohen sind, hat sich in Europa viel ereignet. Du hast einen trefflichen alten Diener Deiner Vorgänger, den alten Biers, verloren; er war ein sehr guter Mensch, für den ich viel Achtung empfand. Frankreich hat überraschenderweise sein Staatsoberhaupt und seine Regierung gewechselt und durch eine Amnestie die Türen allen den schlimmsten Übeltätern geöffnet, die die früheren Leute unter großen Schwierigkeiten haben einsperren lassen. Der Impuls, der dadurch den Demokraten und der revolutionären Partei gegeben wurde, ist auch hier sichtbar. Mein Reichstag sieht sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehetzt zu werden.

In England waukt das Ministerium unter allgemeinem Ohngelächter seinem Sturze zu! Kurz, überall wird das „principe de la monarchie“ sich stark zeigen müssen. Ich freue mich deshalb über die ausgezeichnete Rede, die Du neulich vor den Deputationen in Beantwortung einiger Reformwünsche gehalten hast. Sie war trefflicher und hat überall einen großen Eindruck gemacht.

Für Eröffnung unseres Kanals Ende Juni habe ich alle europäischen Regierungen eingeladen, Kriegsschiffe nach Kiel zu senden. Ich hoffe, auch Deine Flotte wird durch ein oder zwei Schiffe vertreten sein?

Dein Dich herzlich liebender Freund
Willy.

Berlin, 31. Dezember. Die „Sächsische Zeitung“ teilt mit, daß der Verlag Witten u. Comp. demnächst eine wortgetreue Uebersetzung der 75 Handschriften Kaiser Wilhelms an den Papst Nikolaus als Buch herausgeben wird. Die „Sächsische Zeitung“ beginnt am 1. Januar mit der Veröffentlichung einiger der wichtigsten Dokumente. Durch die gleichzeitige deutsche Veröffentlichung hofft man, einer tendenziösen Verwertung der Briefe im Auslande vorzubeugen, das sich die von russisch-amerikanischer Seite angebotenen Briefe bereits früher gesichert hatte.

Der Fall Ellarz-Parvus

Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht eine Zuschrift des Herrn Sonnenfeld in der Angelegenheit Ellarz-Parvus, in der behauptet wird, daß der sächsische Volkskammerabgeordnete S i n d e r m a n n nur deswegen zum Vorsitzenden des Untersuchungskomitees der S. P. D. für den Fall Ellarz-Parvus gewählt worden sei, um die Angelegenheit zu vertuschen. Sindermann sei mit Gradnauer zu identifizieren, und Gradnauer sei nicht nur der Verwandte, sondern auch der Geschäftsteilnehmer von Ellarz. Von zuständiger Stelle wird der „Sächsische Staatszeitung“ mitgeteilt, daß diese Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen. Dr. Gradnauer ist in keiner Weise mit Ellarz verwandt und ist auch nicht Geschäftsteilnehmer der Firma Ellarz. Das entgegengelegte Gerücht konnte möglicherweise dadurch entstanden sein, daß Dr. Gradnauer im Oktober 1918 aus der Leitung der „Dresdner Volkszeitung“ ausgeschieden ist, um die politisch-literarische Leitung des Verlages „Der Sozialwissenschaftler“ in Berlin zu übernehmen, für welche Stellung Dr. Selphand (Parvus) ihn ersucht hatte. Dr. Selphand hatte auch von seinem Vorgesetzten seinerseits Zustimmung gemacht, was Dr. Gradnauer das Mitspracherecht über das Konto einbrachte. Infolge der Revolution ist jedoch dieser Plan nicht zur Ausführung gekommen. Dr. Gradnauer hat infolgedessen keinerlei rechtlichen Anteil an dem Verlage für Sozialwissenschaft gehabt. Davon, daß der Abgeordnete Sindermann in den Ausschuss gewählt worden ist, hat Dr. Gradnauer erst aus den Zeitungen erfahren.

Der „Vorwärts“ bestätigt zuerst die Nachricht, daß Scheidemann bei der Staatsanwaltschaft in Berlin den Antrag gestellt habe, ein Verfahren gegen ihn selbst wegen der Beschuldigung einzuleiten, daß er eine Belohnung auf den Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt habe, bringt aber weiter die Meldung, daß Scheidemann das Verfahren gegen sich selbst, sondern gegen den gegenwärtig im Auslande befindlichen S o n n e n f e l d beantragte, um diesem Gelegenheit zu geben, seine Behauptungen über die angebliche Aussetzung einer Belohnung zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs vor Gericht zu beweisen.

Der Prinzregent Sialamons getötet?

Wien, 31. Dezember. Aus Belgrad wird gemeldet: Hier fand eine dynamische Explosion statt deren Ursache einweilen unklar ist. Der Prinzregent Alexander und 26 Personen wurden getötet und über 50 verwundet. Prinz Alexander war das dritte Kind König Peters, der zweitälteste Sohn, geboren am 4. Dezember 1888 in Cetinje. Er trat an die Stelle seines älteren Bruders, des Prinzen George, dessen ungebändigte Lebensweise ihn schließlich selbst auf dem Balkan unmöglich machte. Prinz Alexander war dazu ausersehen, die Herrschaft im neuen südslawischen Reich zu übernehmen.

Der Fall Wöckling

Berlin, 31. Dezember. Die Anklageschrift gegen die Brüder Wöckling, die 32 große Oktavseiten umfassen soll, wird unmittelbar nach Neujahr dem zuständigen Amts zugänglich gemacht werden. Die Abteilung des Amtes, der die Behandlung der Auslieferungsfragen obliegt, wird dann zu dem ganzen Fragen- und Tatsachenkomplexe Stellung nehmen können.

Kleine Nachrichten

Kopenhagen, 1. Januar. Da die Lohnverhandlungen zwischen der heiligen Fernspredchergesellschaft und den Vertretern der Angestellten in der letzten Nacht ergebnislos abgebrochen wurden, legten heute vormittag 11 Uhr die Fernspredcharbeiter in ganz Dänemark die Arbeit nieder. Die Telefonistinnen und die übrigen Angestellten treten heute nacht 12 Uhr in den Ausstand.

Büch, 1. Januar. Den Mailänder Blättern zufolge sind Dienstag mittag die ersten 463 Wiener Kinder in Mailand eingetroffen und nach einem großen Umzug in die Reviers gebracht worden. Während der Fahrt durch Oberitalien waren sie überall Gegenstand herzlichster Aufnahme, namentlich durch die Eisenbahner, die ihnen Milch, Schokolade und Geld anboten.

Wien, 31. Dezember. Die sozialdemokratische Parteileitung plant gegen den Willen der sozialistischen Staatssekretäre am kommenden Sonntag Massenemonstrationen gegen die angeblichen Gewalt der ungarischen Regierung. Die drohende Parteisplaltung wird dadurch beschleunigt.

Kopenhagen, 31. Dezember. „Berlinsche Tidende“ meldet aus Stockholm, daß der frühere deutsche Statthalter in Schweden-Fürst Bedel gestern im Alter von 77 Jahren in Stockholm gestorben ist.

Berlin, 31. Dezember. Der Belagerungszustand über Hamburg ist, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, aufgehoben worden.

Nachrichten aus Sachsen.

Der Sächsische Volkskammer sind drei neue Gesetzesvorlagen zugegangen. Zunächst eine Vor-

lage betreffend die Genehmigung zur Errichtung von Gemeinde- und Schulsparkassen. In der die Volkskammer von der Regierung um Zustimmung ersucht wird, daß die Verordnung, die Genehmigung zur Errichtung von Gemeinde- und Schulsparkassen betreffend, erst am 31. Dezember 1920 außer Wirksamkeit gesetzt werde. — Die zweite Vorlage betrifft den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulsteuergesetze, die nötig geworden ist, um eine ungünstige Einwirkung des am 20. Dezember d. J. von der Volkskammer beschlossenen Gesetzes über den Zwischenhaushaltplan auf das Gemeindesteuertwesen auszuheben. — Weiter ist noch eine Vorlage über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kirchenaustrittsgesetzes unterbreitet worden. Durch den Entwurf soll die Fassung der früheren Regierungsvorlage zum Kirchenaustrittsgesetz wieder hergestellt werden, weil die von der Volkskammer am 4. August 1919 angenommene Form des Kirchenaustrittsgesetzes gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung verstößt und weil insofern eine Unstimmigkeit in dem Gesetze enthalten ist, als den Mitgliedern nach Vollendung des 14. Lebensjahres das Recht einräumt wird, selbständig aus der Kirche auszutreten; daß ihm aber nicht die Möglichkeit des selbständigen Uebertritts von einer christlichen Konfession zur anderen gegeben ist.

Au unsere Leser!

Ein Teil der heutigen, der ersten Ausgabe im neuen Jahre bietet für unsere Leser ein anderes Bild dar durch die neue Schriftart im redaktionellen Teile. Wir haben schon wiederholt an dieser Stelle betont, daß wir fortwährend bestrebt sind, unsere Zeitung immer mehr auszubauen, soweit das überhaupt die gegenwärtigen Verhältnisse irgendwie gestatten. So haben wir uns auch entschlossen, zu einer anderen, moderneren Schriftart überzugehen, die außerdem sehr große Vorteile bietet. Wenn sie für den ganzen redaktionellen Teil durchgeführt ist — und das wird schon in den nächsten Tagen der Fall sein —, sind wir in die angenehme Lage versetzt, ungefähr 40 Prozent mehr an Inhalt zu bieten als wie bisher. Daraus allein schon können unsere Leser die Vorteile dieser Veränderung erkennen. Die „Sächsische Volkszeitung“ wird alles daran setzen, durch gebiegene Stoff ihre Leserschaft zufrieden zu stellen. Wir bitten aber wohl hoffen, daß auch unsere Freunde in Stadt und Land angesichts dieser erhöhten Leistungsfähigkeit unseres Blattes ihre Werbetätigkeit für die „Sächsische Volkszeitung“ nicht nur fortsetzen, sondern noch weit mehr als bisher steigern.

Verlag und Redaktion der „Sächsischen Volkszeitung“.

Zur Vorbereitung für die Stimmabgabe in den Schlemm-, Cuxen und Malmby ist es dringend erwünscht, daß sich alle aus diesen Gebieten stammenden, in Sachsen aufständigen Personen unter Vorlage ihrer Personalausweise möglichst bald bei der Preussischen Gelandtschaft in Dresden-N., Steuelner Straße 58, Sprechstunden von 11 bis 1 Uhr, persönlich oder schriftlich anmelden, wofür jede nähere Auskunft erteilt wird. Die Abstimmung in Schleswig wird voraussichtlich in kürzester Zeit erfolgen, weshalb die Anmeldung der hierfür stimmberechtigten Personen möglichst ungeschwind erforderlich ist.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Dresdens hatte im Anschluß an den Vertretertag des Sächsischen Lehrervereins alle Lehrer Sachsens, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, zusammenberufen, um die Gründung einer Bezirksgruppe Sachsen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Deutschlands herbeizuführen. Es handelt sich hier um die Schaffung einer neuen Organisation, die nicht schulischen, sondern ausgesprochen parteipolitischen Zielen dienen soll, denn, wie es in einem Berichte der „Dresdner Volkszeitung“ heißt, soll in der Arbeitsgemeinschaft das nachgeholt werden, was die Lehre auf den Seminaren an sozialistischer Bildung nicht erhalten haben. Der Lehrerstand sei dazu berufen, der sozialdemokratischen Partei den Kräfteverlust auszugleichen, den sie durch die Festlegung der bisherigen Parteiführer und Agitatoren in Regierungskämmerern erlitten hat. Schulrat Dr. W i n s c h e - W b a u betonte, daß man durch den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Lehrer am besten der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei stärken könne. Die Versammlung, deren Teilnehmerzahl sehr groß gewesen sein soll, führte zur Gründung einer Bezirksgruppe Sachsens.

Personalnachricht. Der bisherige Wirk. Ges. Kriegsrat Walde ist vom 1. Januar 1920 an zum vortragenden Rat im Justizministerium mit der Dienstbezeichnung Geh. Justizrat ernannt worden.

Zwickau. Das hiesige Gewerkschaftskartell hat mit 17 gegen 10 Stimmen beschlossen, sich für die Aufhebung der besonderen sächsischen Feiertage (Hohentrujan, Frühjahrsbuhstag, Reformationsfest) zu erklären mit der Begründung, daß nach Einführung des Achtstundentages und der tariflich festgelegten Arbeiterferien eine Bedürfnis für diese Feiertage nicht mehr besteht, zumal der hierdurch herbeigeführte Lohnausfall die Arbeiter namentlich unter den jetzigen Verhältnissen empfindlich schädigt.

ra- Baugen. Auszeichnung. In der am Dienstag den 30. Dez. stattgefundenen Ausschüßerversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins für das Sächsische Marktaftum Oberlausitz wurde dem Oekonomie-Oberkommissar Johannes Dilger die Silberne Medaille für die Verdienste um die Landwirtschaft verliehen.

Aus Dresden

Lebensmittelpreisbefreiung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.
Vereinigung für volkswirtschaftliche Aufklärung. Die im Dezember begonnenen Vorkurse werden fortgesetzt. Weitere Anmeldungen zu den unentgeltlichen Kursen sind auch jetzt

jederzeit bei der Geschäftsstelle, Johann-Georgen-Allee 23, III links erwünscht. Der Kursus I (Oberlehrer Bels: Grundlagen der Volkswirtschaft) wird vom 9. Januar 1920 regelmäßig freitags, abends 7 Uhr im alten Stadtverordnetenhaus (Landhausstraße 7, II, Ausgang im Hofe links) abgehalten. Die Lehrstunde vom 9. Januar 1920 findet ausnahmsweise im Hörsaal der Kunstgewerbeschule, Eliasstraße 34, statt. Kursus II (Dr. Görler: Die Beziehungen zwischen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft) findet vom 8. Januar 1920 ab regelmäßig sonntags, abends 7 Uhr im alten Stadtverordnetenhaus (Landhausstraße 7, II, Ausgang im Hofe links), statt. Kursus III (Dr. Ebert: Praktische Volkswirtschaftslehre) wird vom 8. Januar 1920 regelmäßig dienstags, abends 7 Uhr, im alten Stadtverordnetenhaus (Landhausstraße 7, II, Ausgang im Hofe links), abgehalten. Ausnahmsweise findet die Lehrstunde vom 13. Januar 1920 im kleinen Saal des Vereinshauses (Zinzendorfstraße 17) und die Lehrstunde vom 20. Januar 1920 im Hörsaal der Kunstgewerbeschule (Eliasstraße 34) statt.

Aus Anlaß seines 70. Geburtstages, der unter Anteilnahme weitester Kreise verließ, ist Herr Geh. Rat Prof. Dr. Cornelius Gurllit, unter vielen anderen Glückwünschschreibern folgendes Schreiben des Prinzen Johann Georg zugegangen: „Lieber Gurllit! Zu ihrem 70. Geburtstag spreche ich Ihnen nicht nur als Ehrenvorsitzender des Altersvereins und Mitglied des Ausschusses für Denkmalspflege, nein, auch als Freund die herzlichsten und innigsten Glückwünsche aus. Möge Ihnen noch ein recht langer und gesegneter Lebensabend beschieden sein, mögen Sie noch manches gute Werk auf der Welt Ihrer Wissenschaft vollenden, möge es mir noch v. vergönnt sein, mit Ihnen zusammenzukommen! Mit den besten Grüßen verbleibe ich Ihr Johann Georg.“

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Kath. Kasino. Am Sonntag, den 4. Januar, abends 8 Uhr veranstaltet das Kath. Kasino im Saale des Gesellschaftshauses seine Weihnachts- und Neujahrfeier, bestehend in Konzert, Theater und einem gemächlichen Tanzgen. Alle Mitglieder, Freunde und Gäste sind hierzu herzlich eingeladen.

Dresden-Plauen. Am 4. Januar, abends 8 Uhr, ist im Tagerteller die Hauptversammlung der Katholiken dieses Stadtteiles. Die wichtige Tagesfragen, wie Schulfrage und Gottesdienst in Plauen ab 1920, zur Sprache stehen, ist es Pflicht aller Katholiken, das kleine Opfer ihrer Anwesenheit zu bringen.

Klein-Zschadowitz. Kathol. Kasino. Unsere Weihnachtsfeier am 23. Dezember nahm einen glänzenden Verlauf. Musikalische und deklamatorische Darbietungen umrahmten die Ansprache des geistlichen Betrates, der den Christbaum als Sinnbild der Treue gegen Gott und unseren hl. Glauben, gegen Vaterland und Familie kennzeichnete. Mit dem Christbaum erschien St. Nikolaus und überreichte jeder unsere Kinder. Für Frau Kaufmann Hoppe und Frau Wina Stolzen hatte er besondere Anerkennung für deren tatkräftige Beiträge beim Stollenbacken und bei Ausschmückung unserer Kapelle im Wilmiger Schlosse. Die Mitgliederzahl liegt auf 80. Herr Sup. Hartmann sprach am Schluß alle. Die sich um das Gelingen der unvergeßlichen Feier verdient gemacht, dem wärmsten Dank aus und forderte zu eifriger Vorbereitung für die Ziele des Kasinos auf.

Leipzig. Die katholische Gemeinde zu St. Trinitas in Leipzig hatte am ersten Weihnachtstertage die Freude, zum ersten Male eine Orchestermesse zu hören. Dem unermüdlich und selbstlosen Kantor Herrn Lehrer Bruno Vertus war es nach Überwindung großer Schwierigkeiten mit Hilfe gleichgesinnter Freunde gelungen, ein leistungsfähiges Orchester zusammen zu bringen, das in Vereinigung mit dem bewährten nun wieder in den Männerstimmen vollständigen Sängerkorps die Vortragsweise von Bironz Goller wirkungsvoll zu Gehör brachte. Gewiß ließen solche Ausführungen Ausnahmen. Aber der gläubige Christ begrüßt es, wenn Hochfeste mit hochgerichteten Aufführungen gefeiert werden. Es ist der Wunsch vieler, daß diese Einrichtung zu einer dauernden werde. Dem Chöre wie allen Beteiligten gebührt der Dank aller Besucher des Gottesdienstes. Wie verlautet, plant der Direktor für Herrn die Aufführung der Jubiläumsmesse von Ignaz Ritterer, einer echten Festmesse, die bei der Hauptversammlung des Säckelvereins in Jahresdruck 1911 einen nachhaltigen Eindruck hinterließ.

Leipzig-Reudnitz. Der Kirchenchor St. Laurentius kann am Tage der hl. drei Könige auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Kirchlich feiert er das Jubelfest am gleichen Tage vormittags 9 Uhr. Die weltliche Feier ist unumkehrbar bis zum Sommer verschoben; näheres darüber zu gegebener Zeit.

Leipzig. Kathol. Arbeiterverein Leipzig-Zentrum. Sonntag, den 4. Januar findet im Saale des kathol. Gesellschaftshauses die Christbaumfeier statt. Beginn abends 7 Uhr. Eintritt frei, Gäste und Mitglieder willkommen. Die Besichtigung unserer Kinder findet Dienstag, den 6. Januar, abends 8 Uhr. Beginn nachmittags 3 Uhr.

Chemnitz. Verein kathol. Kaufleute und Beamter „Columbus“. Donnerstag, den 8. Januar, abends 8 Uhr findet im Klubraum und Diele „Goldner Löwe“, Goldener Straße 4, unsere Weihnachtsfeier statt. 1. Vortrag des Herrn Oberlehrer Seife: „Die relationalen Strömungen der Gegenwart“. 2. Weihnachtslieder. 3. Gabenverlosung. — Unsere lieben Columbianer nehmt wertere Angehörige laden wir ergeblich ein und bitten um guten Besuch. Gleichzeitg bitten wir höflich, ein Geschenk, nicht unter 1 Mk. zur Gabenverlosung mitzubringen.

Reichenbach i. V. Am Sonntag den 28. Dez. hielt der katholische Jünglingsverein seine Weihnachtsfeier ab. Der Bräutigam Herr Pfarrer Gottfried hielt die Begrüßungsansprache und dankte für den zahlreichen Besuch. Außer musikalischen und humoristischen Vorträgen gelangte zur Ausführung das Weihnachtsstück: „Wenn die Weihnachtslichter brennen“ von Schwenhorst, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Vorsitzende des Kirchenbauvereins Herr Rindermann dankte im Namen der Gemeinde für das Dargebotene und feuerte zu weiterer Arbeit in diesem Sinne auf.

Seitendorf. Unsere im Jahre 1871 erbaute Orgel hatte im Laufe der Jahre durch den Holzwurm und durch Beschädigung und durch Eintrocknen in den heißen Jahren 1904 und 1911 sehr viel gelitten. Nunmehr ist sie durch die Firma W. Schuster und Sohn in Jittau gründlich gereinigt und wieder erneuert worden. Auch erhielt sie anstatt der auf dem Altare des Vaterlandes geopfertem Prospekt-Pfeifen neue Zinkpfeifen und repräsentiert sich nun auch äußerlich wieder als des Gotteshauses würdig. In der hl. Weihnacht liegt sie bei einem feierlichen Ledum zum ersten Male wieder ihre Stimme erschallen, besonders kam sie am ersten Weihnachtstertage sehr gut zur Geltung, als unser kunstsinniger Kirchenchor unter der tüchtigen Leitung des Herrn stellvertretenden Kantors Stange die Kloyms-Messe von Goller mit Orchester ausführte. Die Kosten der Orgelreparatur wurde durch eine Hausammlung aufgebracht. Ehre, Dank und Vergelt's Gott sei allen eblen Spendern.

Zwickau. Katholischer Arbeiterverein. Die nächste Monatsversammlung findet am 4. Januar mit Vortrag über Schulfrage verbunden mit Weihnachtsfeier statt. Gäste sind herzlich willkommen.

Parteinachrichten

Sächsische Zentrumspartei, Ortsgruppe Dresden, Jugendabteilung. Für Dienstag den 30. Dezember 1919 hatte die Jugendabteilung die Mitglieder zu ihrer ersten Versammlung eingeladen. Trotz

Die vorstehenden Beschlüsse... die Verhandlungen des Parteitag...

Der Reichsparteitag der deutschen Zentrumspartei... wird am Sonntag den 19. Januar mit einem Begräbnisabend im Reichstagsgebäude eingeleitet werden.

Theater und Vorträge

Dresden. Der für heute, den 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Vereinshaus angelegte Vortrag des Herrn Oberverwaltungsgerichtsrats Dr. Wittmann ist bis auf weiteres verschoben worden.

Dresden, 28. Dezember. Residenztheater. (Neueinweihung: „Häufige“ Operette von Suppé.) Wieder Herr Direktor Wittl die Weihnachtsgeschenke...

geben, wie aufschreiend die alle Quere heute noch aufgenommen wird... die Verhandlungen des Parteitag...

Stagesandt

Die diese Anzahl trägt die Zahlungen nur die prophylaktische Zwecksetzung.

Wir erscheint es von großem Werte, wenn in dieser geschichtlichen bedeutenden Zeit die Ereignisse in den kathol. Kirchen- und Schulgemeinden in genauen Aufzeichnungen der Redakteur erhalten bleiben.

Wernes Wissens fehlt und auch eine vollständige Diözesangeschichte. Nachschiel in seiner „Geschichte des Königreichs Sachsen“ und H. H. Nowwert in seiner „Geschichte und Beschreibung der kathol. Dörfer“ haben nur wenige Daten über die Entwicklung des kathol. Lebens in Sachsen angeführt.

Diejenigen, welche sich früher auch in den Bismarck-Jahren... die Verhandlungen des Parteitag...

Quittung.

Für die Kinder des Seelbegräbnisses Marienberg gingen an Gaben ein: Frau Fr. A. Dresden-R. 5 M., R. R. Bangardt 6 M., Angenandt Reigersdorf 5 M. - Allen vergelte Gott das Wohlwollen mit seinem Segen im Jahre 1920. Pfarrer Müller.

Kirchlicher Wochenkalender

Erklärung der Abkürzungen: A. = Ansbach, B. = Bayreuth, C. = Coblenz, D. = Düsseldorf, E. = Eger, F. = Fulda, G. = Gießen, H. = Hamm, I. = Innsbruck, K. = Köln, L. = Landau, M. = Mainz, N. = Nürnberg, O. = Osnabrück, P. = Passau, R. = Regensburg, S. = Speyer, T. = Trier, U. = Ulm, V. = Verden, W. = Würzburg, X. = Xanten, Y. = Ypern, Z. = Zwickau.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptgeschäftsführer Paul Klein; für den Interententell: Peter Schrader. - Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ in Dresden.

Katholisches Casino zu Dresden.

Sonntag den 4. Januar 1920 abends 6 Uhr im Saale des kath. Gesellenhauses, Rünnersstraße 4

Weihnachts- und Neujahrs-Feier,

bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Der Vorstand.

Tymians Thalia-Theater Anfang 7 Uhr Täglich: Weihnachtsfriele 1919 Sonntags 2 Vorstellungen um 3 und 7 Uhr

Ämtliche Bekanntmachungen

Verkehr mit Kartoffeln aus der Gorte 1919

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt: § 1. Für Kartoffeln, die auf Bundes-Kartoffel-Karte bezogen werden, ist außer dem in § 30 der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1919 festgesetzten Kaufpreise von 7 M 50 J für den Zentner zuzüglich 2 M 70 J Aufwandsgebühr infolge reichsgerichtlicher Festsetzung von Ablieferungsprämien vom 1. Januar 1920 ab noch ein Preiszuschlag von 2 M 50 J für den Zentner zu bezahlen.

Der Preiszuschlag von 2 M 50 J für den Zentner ist nicht an den Erzeuger des Bieferanten, sondern an den Kommunalverband, aus dem die Kartoffeln geliefert werden, oder die von ihm bestimmte Stelle zu entrichten.

§ 2. Die Dresdner Kartoffelerzeuger haben spätestens bis zum 3. Januar 1920 von den bis zum 31. Dezember 1919 beliebigen Abkritten der Bundes-Kartoffel-Karte den mit einem * versehenen Teil an das Lebensmittelamt, Geschäftsstelle für die Führung der Wirtschaftskarten, Breite Straße 7, 3, einzureichen.

§ 3. Vom 1. Januar 1920 an dürfen die Abkritten der Bundes-Kartoffel-Karte von den Dresdner Kartoffelerzeugern nur noch beliefert werden, wenn sie auf der Rückseite mit dem runden Stempel des * Rates zu Dresden, Lebensmittelamt* und dem Vermerk über die erfolgte Bezahlung des Preiszuschlages von 2 M 50 J unter Beifügung des Datums versehen sind.

Die Abkennung der Abkritten und die Anbringung des Vermerks erfolgt gegen Bezahlung des Preiszuschlages im Städtischen Lebensmittelamt, Hauptstraße 6, 2., Zimmer 50.

§ 4. Gemüse, noch zur menschlichen Ernährung geeignete Kartoffeln dürfen nicht mehr in Brennerien verarbeitet werden. Brennerien, die innerhalb des ihnen freigegebenen Brennereilimitens zur menschlichen Ernährung nicht mehr geeignete Kartoffeln verarbeiten wollen, haben vorher die Genehmigung des Städtischen Lebensmittelamtes, Dresden-Renndt, Hauptstraße 6, 2., einzuholen.

§ 5. Zuwiderhandlungen werden nach § 35 der Marktbesanntmachung vom 27. September 1919 bestraft.

Dresden, am 31. Dezember 1919. Der Rat zu Dresden.

Verteilung von dänischer saurer Sahne

§ 1. Auf Abschnitt VI der blauen Haushaltungskarte A wird je ein Halbpfund saure Sahne - dänische Ware mit 18 Proz. Fettgehalt - ausgewogen abgegeben.

§ 2. Die Anmeldung hat in einem einschlägigen Geschäfte am Freitag den 2. Januar 1920 zu erfolgen.

§ 3. Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte aufgerechnet und gebührend zu 100 St., die Karte mit Firmenausschnitt oder Firmenaufdruck versehen, in einer der nachverzeichneten Milchstellen am Sonnabend den 3. Januar 1920 abgegeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 4. Als Milchstellen sind eingeschrieben: a. für Betriebe des Kleinhandels (Konsumvereine, Einkaufsvereine), b. für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhandler, G. m. b. H. in Dresden sind, c. für Geschäfte der Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwarenhandler und Produktenhändler in Dresden sind, die wiederholt bekanntgegebenen Stellen, d. für Geschäfte, die nicht unter vorstehende fallen, die Firmen: 1. Dresdner Molkerei Gehr. Pfund, Gauher Str. 79, 2. Dresdner Milchverforgungsanstalt, Wägbücher Str. 9, 3. Vereinigte Milch- und Butterhändler von Dresden Stadt und Land (Zentralmolkerei), Friedrichstraße 24, 4. Otto Anders, Wittner Straße 88, 5. Georg Münch, Grunard Straße 81, 6. Albert Kettner, Schnerkestraße 21, 7. Verkaufverband Norddeutscher Molkereien, Quer-Klee 17.

§ 5. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 5. Januar 1920 erfolgen.

§ 6. Der Preis beträgt für ein Halbpfund 65 Pfg.

§ 7. Die Abrechnung mit den Milchstellen liegt der Warenverteilungsgesellschaft für Dresden und Umgegend, hier, Gauher Straße 15, ob.

§ 8. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft.

Dresden, am 31. Dezember 1919. Der Rat zu Dresden.

Die Verlobung unserer Kinder Marthel und Adam beehren wir uns nur hierdurch anzuzeigen. August Heckler und Frau Wenzel Draxler und Frau Crimmitschau Glauchau Neumarktstr. 1 Grebnerstr. 21 Neujahr 1920

Die Drogenhandlung Hermann Roth Dresden, Altmarkt 5 empfiehlt alle in ihr Fach einschlagende Artikel.

Kaufe Brillant. Ring, Brosche, Ohrringe auch mit farbigen Edelsteinen, Goldene Schmuckstücke, silberne Leuchter, Kannen, Vellieds, Beulen, Höffel, Dosen, Kabinett, Gef. Angeb. unter „S. R. 111“ an die Exp. dieses Blattes erbeten.

Hautjucken-Krätze sichere und schnelle Hilfe durch Biltz Perusalbe Dose Mk. 3.50. Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 209

Pelze Pelz-Haus Bulge vorm. Köhler Dresden, Sandhausstraße 6 Entzückende Neuheiten. Prima Ausführung in jeder Fellart und Preislage. Weißbälge, Felle aller Art, Weißbälge. Alles in bester größter Auswahl noch sehr preiswert. Zwanglose Beachtung meines sehenswerten Lagers.

Streng reell! Ohne verblöbende Reklame zahle ich höchste Tagespreise für alte künstliche Zähne, Brennstifte, Blitzableiter, Platin-Abfälle, sämtliche Gold- u. Silbergegenstände, ausländische und außer Kurs gesetzte Gold- u. Silbermünzen, Mattenjahne, Platin jeder Art und allerhand Zinn, höchste Tagespreise Dresden-A., Wilsdruffer Straße 27 im Hutgeschäft. Ungenierter Eingang. - Fernruf 15 294.

Dresdener Lehranstalt für Musik Direktor: Organist Paul Wald. Dresden - Neustadt Melanchthonstraße 25 12-1 P. Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus * forschschule und Ausbildungsschule (Grand-, Mittel-, Oberstufe) : Aufnahme von Einzel- und Vollschiilern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich-, in 1 Klassen: Gesang, Laute, Mandoline u. v. Theoret. Zusammenfassung, Musikgeschichte, Dirigierlehre, Kirchenmusik : Schüler-Orchester- und Chorliedern : Enkvisenschaftliche Vorträge, Komponisten-Abende, Schüler-Vortragsabende und öffentl. Aufführungen : Eintritt jederzeit : Anmelde. wochentags 8-9 Uhr

Grabdenkmäler Kreuze, Platten etc. in allen Steinarten. Erneuerungen alter Denkmäler. Gebrüder Ziegler, Bildhauer Dresden, Friedrichstraße 64. Christuskörper aus Galvanobronze in jeder Größe.

Unserer lieben Handarbeitslehrerin Fräulein Marie Knotek zu ihrem 25jährigen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Ehemalige Schülerinnen.

Allen langjährigen treuen Mitarbeitern, Freunden und Bekannten zum Neuen Jahr Gottes reichsten Segen! Magr. Franz Febler, Päpstl. Geh. Kämmerer, Prinzl. Hofkaplan a. D., vorübergehend am Waisenhaus in Crefeld. 29. 12. 1919.

Das am 1. Dezember 1919 eröffnete Zweigwerk Bautzen der unterzeichneten Firma hält sich einem geehrten Interessentenkreise zur Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Apparaten und Geräten, wie Häcker - Maschinen Streustrichschneider Strohpressen Hafer- und Kartoffel-Quetschen Kraut- und Rübenschnneider Schrot- und Backmehlmühlen für Hand- und Kraftbetrieb, u. v. a. m. besonders empfohlen und bittet um unverbindliche Berücksichtigung seines reichhaltigen Lagers. Landwirtschaftl. Maschinenfabrik Dippoldswalde Inh.: Erich Böhme Zweigwerk Bautzen, Holzmarkt 27.

Das Umsatzsteuergesetz

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter

Ein Gesetz von ganz außerordentlicher Wichtigkeit ist nunmehr in Kraft getreten. Das Umsatzsteuergesetz geht nicht nur die Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie, sondern jeden Einzelnen an. Darum ist es notwendig, über die wichtigsten und grundlegenden Bestimmungen dieses Gesetzes kurz zu berichten.

Von der Umsatzsteuer werden betroffen alle Lieferungen und sonstige Leistungen, die jemand innerhalb der von ihm betriebenen gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit gegen Entgelt anstellt. Die einschneidendste Bestimmung ist, was daraus hervorgeht, daß in der Kommune seit 1. Januar 1920 die Wirkung der Steuer auf 8-10 Prozent der kleinen und mittleren Einkommen. Bei einem Einkommen von 5000 M. ist zum Beispiel auf 4-5 M. Wert geschätzt worden. Es werden also künftig alle unsere Kaufe alles was wir essen und was wir an Bekleidung kaufen, also auch Lebensmittel, dieser Umsatzsteuer unterliegen. Auch die freien Berufe, wie Arzt, Anwalt, Schriftsteller und dergleichen sind von der Umsatzsteuer nicht ausgenommen. Auch Konsumvereine, Genossenschaften und dergleichen unterliegen dieser Steuerpflicht.

Befreit von dieser Steuer sind nur Unternehmen, deren Zweck ausschließlich gewinnlos oder wohltätig ist und auch hierbei nur für solche Zwecke, bei denen die Entgelte hinter dem durchschnittlichen für gleichartige Leistungen von Erwerbsunternehmen vereinnahmten Entgelte zurückbleiben.

Die Steuer wird von dem für die steuerpflichtige Leistung vereinnahmten Entgelt berechnet. Sie wird also vor dem Betrage der Einkünfte abgezogen. Der Betrag für Anschaffungen und dergleichen erhebt. Die Steuer beträgt im allgemeinen bei jedem steuerpflichtigen Umsatz 1 1/2 vom Hundert des Rechnungsbetrages. Zu entrichten ist die Steuer von demjenigen, der die gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausübt. Selbstverständlich wird dieser Sorge tragen, daß er die Steuer auf den Käufer oder Abnehmer abwälzt. Es sei noch bemerkt, daß der ursprüngliche Rechnungsbetrag nur 1 Prozent vorab und erst von der Kommission die Erhöhung auf 1 1/2 Prozent vorgegeben wurde. Statt 1 1/2 Prozent werden aber 15 Prozent erhoben, wenn es sich um die Versteigerung bestimmter Luxusgegenstände handelt. Und zwar wird diese erhöhte Umsatzsteuer von 15 Prozent nicht beim Verkäufer, sondern direkt beim Hersteller erhoben.

Es dürfte weiteres Interesse haben, aus dem in das Gesetz hineingearbeiteten Verzeichnis über diejenigen Gegenstände, die der Luxussteuer von 15 Prozent unterliegen, nähere Angaben zu erhalten. Das Edelmetalle, Erzeugnisse des Juwelergewerbes oder der Gold- und Silber schmiedekunst, ferner Halbedelsteine, wie Korallen, Elfenbein, Perlmutter, Schildkröte, Bernstein und dergleichen als Luxusgegenstände angesehen werden, wird man verständlich finden. In diesen Rahmen gehören auch gewisse Steinzeugerzeugnisse, Porzellan, Gläser, Ledergegenstände und so fort. Schuhe, deren Oberseite aus Seide, Profat oder Samt hergestellt sind, unterliegen der 15 Prozent Luxussteuer ebenso wie Handschuhe, mit Ausnahme solcher, die mit anderen Stoffen als Velv geffittet sind. Aktien, Geldschein, Schul-, Zigarren- und Zigarettenstücken aus plattiertem Metall, Kupfer-, Schaf- oder nicht lackiertem Albleder, sowie Hermosflaschen und Uhrarmbänder sind steuerfrei. Alle

Bildhauer- und Bildschnitzer, sowie Drechselarbeiten sind hingegen wieder 15prozentig steuerpflichtig, ferner Gegenstände aus Korbgewebe und Gegenstände der Inneneinrichtung in Verbindung mit Profat, Samt, einschließlich Velv und Belour. Manchester und einwärts Moquantstoffe sind von der Luxussteuer ausgenommen. Dagegen unterliegen ihr wieder Gegenstände mit Woll-, Seiden-, Wollwollstoffen, handgefertigte Stoffe, Spitzen, Spitzenstoffe und Stickereien in einer Breite von mehr als zwei Zentimeter.

Der erhöhte Steuer von 15 Prozent unterliegen weiter auch Schmuckstücke aller Art, Bilder, Pastillen, Erzeugnisse des Buchdrucks auf besonderem Papier, sonstige feine Papierwaren, photographische Handapparate, sowie deren Bestandteile und Zubehör, Handwaffen, Pistolen, Klaviere, Streich- und Zupfinstrumente, Spielapparate, Erbschiffen, Phonographen und ähnliche Apparate, sogar Automaten, aber nur, wenn sie vergoldete, versilberte, vermessingte oder vernickelte Teile enthalten, oder mit weißer oder elfenbeinfarbiger Lackierung versehen sind. Weiter sind Luxusgegenstände Federboas, Nadeln oder Schmuckmittel, Badehauben, Reiseerleichterungen, Spazierstöcke, Schirme und Peitschen aus oder in Verbindung mit Edelmetallen, Puppen oder Tiere aus Stoff aller Art, wenn sie größer oder länger als 65 Zentimeter sind, Ständer, Tisch- und Wanduhren aus Stein oder Sandstein, ferner Beleuchtungsgegenstände, sowie deren Bestandteile und Zubehör, und zwar zunächst bei mehr als vier Leuchtstellen und dann auch bei Verbindung mit Gegenständen aus anderen Stoffen, die mit Platin, Gold oder Silber belegt, plattiert oder beschichtet sind, ferner mit Seidenschirmen, oder mit Kränzen aus Goldfäden, oder Perlfäden von mehr als 15 Zentimeter Länge. Wenn die Glasfänger gerade und ohne Schläff sind, dann können sie 25 Zentimeter lang sein, alle Typische mit Ausnahme der sogenannten Kränzfänger und der sogenannten Tafelentwiper, ebenso Wandbekleidungen, Koffer- und Reisetaschen, sowie so ziemlich alle Sorten von Wäsche, wenn es sich um Seide, Wolle oder Leinenstoff, um Handschuhe, Handschmiedekunst, Damast und damastähnliche Gebilde und dergleichen handelt. Damit wir auch des Lebens Süßigkeiten nicht allzu reichlich genießen, sind künstliche Parlinee, Fondants und mit Margarine, Zart oder Früchten aller Art gefüllte Bonbons mit 15 Prozent steuerpflichtig.

Eine erhöhte Umsatzsteuer von 15 Prozent wird auch im Kleinhandel erhoben, bei sämtlichen Edelmetallen, sowie Gegenständen des Juwelergewerbes, der Gold- und Silberschmiedekunst, bei Originalwerken der Plastik, Malerei und Grabmal, bei Antiquitäten, bei Reit- und Ausspannferden und lebendem Wild. Auch Pflanzen- und Blumenarrangements, wenn sie einschließlich der Behälter mehr als 30 M. kosten, müssen mit 15 Prozent Luxussteuer belastet werden.

Das Umsatzsteuergesetz sieht weiter noch eine erhöhte Umsatzsteuer auf Leistungen besonderer Art vor. So erhöht sich die Steuer auf 10 Prozent für das Wohnen in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern, wenn das Entgelt für den Tag oder für das Uebernachten 5 M. oder mehr beträgt, ferner für die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Wertfäden, Wertgegenständen und dergleichen. Bezüglich der Berechnung der Inkassosteuer sind im Gesetz besondere Bestimmungen entsprechend dem Umsatz der Zeitungen festgelegt.

Die nach diesem Umsatzsteuergesetz Steuerpflichtigen müssen innerhalb zweier Wochen nach Beginn ihrer Tätigkeit der Steuerstelle Anzeige erstatten. Wer eine steuer-

pflichtige Tätigkeit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits ausübt, muß innerhalb des Monats Januar 1920 das der Steuerstelle anzeigen, wenn er Luxusgegenstände, die mit der erhöhten Steuer belastet sind, herstellt, oder wenn er im Kleinhandel solche Gegenstände vertreibt oder wenn er ein Unternehmen, dessen Druckverlag und dergleichen hat. Die Gebührens- und Verzinsungsbefreiung müssen diese gleiche Anmeldung vollziehen. Auf Angehörige der freien Berufe finden diese Vorschriften keine Anwendung. Der Steuerpflichtigen sind durch Gesetz verpflichtet, zur Feststellung der Entgelte Nachzeichnungen zu machen, worüber der Reichsrat nach die näheren Bestimmungen trifft. Der Luxusgegenstände herstellt, muß ein Steuerbuch und ein Lagerbuch führen, auch über diese Nachführung werden noch nähere Bestimmungen erlassen.

Berechnet wird die Umsatzsteuer im allgemeinen nach dem Gesamtbetrage des Umsatzes, welchen der Steuerpflichtige im Laufe eines Steuerabchnittes erzielt hat. Als ein Steuerabchnitt gilt ein Kalenderjahr. Erstreckt sich die steuerpflichtige Tätigkeit nicht auf ein ganzes Kalenderjahr, so wird der entsprechende Teil des Kalenderjahres der Steuerberechnung zugrunde gelegt. Der Steuerpflichtige muß der Steuerstelle innerhalb eines Monats nach Ablauf des obenbeschriebenen Steuerabchnittes eine Steuererklärung abgeben. Die Steuerstelle setzt dann die Steuer fest und erteilt dem Steuerpflichtigen einen Bescheid. Die Steuer selbst ist innerhalb zweier Wochen nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten. Die Hinterziehung der Umsatzsteuer wird mit einer Geldstrafe bis zum Fünftel des Betrages der hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis bestraft. Als erster Steuerabchnitt und demgemäß als erstes der Steuer zugrunde zu legende Kalenderjahr gilt das Jahr 1920.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Neulauterbach. Der Tag, vor dessen Gelingen manchen gebangt hatte, er ist zu einem frohen, einem kleinen Katholikenfest geworden. Etwa 600 Personen füllten den Saal im Hotel Stadt Bismarck zu Neulauterbach. Vertreten war der Pfarrbezirk Neulauterbach und Wilsdorf mit dem Vater Rektor an der Spitze. Der Abend wurde eingeleitet mit dem gem. Gesang „Stille Nacht, heilige Nacht“, worauf Gebete zum Vortrag folgten. Der Herr Rektor begrüßte die Versammlung und übergab Herrn Direktor Sprötte, einen dem Vorsitz. Im Mittelpunkt der Feier stand die Rede des Herrn Ehefaktors Heister. Es waren tieferste Worte, die wir vernahmen. Die Zuhörer fanden daher von Anfang an im Sinne der Ausführungen des geliebten Redners. Die Mehrheit unserer Väter sei sich des Grades der Lage noch nicht bewußt, beim Lesen des Friedensbetrages würde manchen, der in den Tag hineinlebt, das Leben vergehen. Wir müssen uns zum Christentum zurückwenden. Neben den äußeren Feinden haben wir Kampf zu führen gegen die inneren, die ihren Krisenpunkt in Sachsischen haben. Sakend war die Beteiligung der Zentrumspolitiker. Wenn man das Novemberprogramm der Sozialisten mit dem Verfassungskomitee von Weimar vergleicht, erkennt man erst den Umfang des Kampfes. Die Partei wird weiterhin unseren christlichen Standpunkt verteidigen, wird sorgen, daß die Verfassung durchgeföhrt wird, wenn wir hinter ihr stehen. Um die Waffen der Segner abzumuscheln, müssen wir alle mitan, müssen Protest der Tat werden. Wenn unsere Kraft zu erlahmen droht, die unerschütterlichen Augen der Kinder werden uns neu stärken, unsere christlichen Ideale zu verwirklichen. Der allseitige Beifall bewies, daß Herr Heister die richtigen Seiten auszuwählen wußte. Herr Direktor Sprötte und die nachfolgende Resolution an den Herrn Reichsminister und an die Nationalversammlung zur Vorlegung die einmütige Annahme fand: Die versammelten Katholiken von Wilsdorf, Neulauterbach, Neulauterbach, Neulauterbach, Neulauterbach (O.L.) protestieren energisch gegen die Verfassung des neuen sächsischen Kultusministers Dr. Senfert, die Reichsverfassung zu umgehen, 1920 die für Sachsischen unwillkommen zu machen. Wir verlangen eine entsprechende Eingeweihten der Reichsregierung, damit in ganz Sachsischen der Artikel 174 der Reichsverfassung geachtet werde.

Rosa-Marina

Roman von R. Lati von Java
Aus dem Holländischen
Übersetzt von Leo Teye van Oermliede
(15. Fortsetzung.)

Jetzt war Frank zurückgekehrt. Die Familie sah unter der mit Korallen besetzten Veranda, in der allerlei Schling- und Hängepflanzen angebracht waren; schöne Terrakotta-Kümpeln, mit Lobelien, Farnkräutern und Geranien gefüllt, schaukelten zwischen den zierlichen Eisensäulen. Das Gartchen vor sorgsam gepflegt, kein Grassalm länger als der andere; wie in jedem holländischen Garten waren Rosen, Begonien, Geranien und Fuchsen reichlich vertreten, und in der Mitte des kleinen Beetes warf ein Miniatur-Springbrunnen einen kleinen Wasserstrahl empor.

„Alles hübsch, kleinlich, philisterhaft!“ dachte Frank. „Nun erzähle uns mal etwas vom Onkel!“ sagte seine Mutter, die an einer Goldstickerei arbeitete, während Meta vor einem Rahmen saß und Sophie den Tee aufsetzte. „Wie geht es ihm?“

„Ganz gut! Er hat so viel zu tun; ich glaube, er hat jetzt drei Dörfer auf seine Kappe genommen.“

„Und hast du ihm nicht gesagt, daß ihm eine so günstige Gelegenheit sich bietet, sich hier niederzulassen, die vielleicht nie wieder kommen wird?“

„Gewiß, ich habe es gleich am ersten Tage gesagt, als ich ihm im Zuge begegnete, sonst hätte ich es vergessen; aber Onkel nahm gar keine Notiz davon.“

„Er ist so eigen!“ Diese Worte waren an eine Dame mittleren Alters gerichtet, die Besuch machte. „Und so geschieht dabei, Betty! Ich glaube, es gibt hier manchen Professor, der bei ihm in die Lehre gehen könnte.“

„Aber weshalb sondert er sich denn so ab?“

„Ja weshalb? Das haben meine guten Eltern sich auch oft gefragt, und es ging ihnen sehr nahe. Ich habe mich jetzt daran gewöhnt, aber früher war es mir sehr peinlich, ungemein peinlich.“

„Und kommt er nie nach hier?“ fragte Fräulein Betty. „Nein, nie. Hast du ihn auch herzlich eingeladen in meinem Namen, Frank?“

„Natürlich, Mama.“

„Und was sagte er?“

„Das weiß ich nicht mehr so genau. Die Stadt kam ohne mich fertig werden, ich ohne die Stadt und dergleichen. Er hatte nicht die mindeste Lust, hierherzukommen.“

„Siehst du, ganz wie ich sagte. Aber ich will ihn noch einmal zu überreden suchen! In einem Tage kann man jetzt hin und her kommen; früher war Quinwo! wie außer der Welt. Ich habe ihn seit langer Zeit nicht mehr gesehen.“

„Aber wie ist er im Umgang?“ Betty begann sich für den geheimnisvollen Menschen zu interessieren. „Ist er in sich geföhrt, düster, so etwas wie Schen und Menchenhock?“

„Nein, gar nichts Romantisches hat er an sich!“ rief Meta. „Onkel hat ein freundliches Gesicht und dicktes, graues Haar; wenn wir bei ihm sind, ist er ganz herzlich und fröhlich.“

„Aber ohne einen wichtigen Grund gibt man keine Laufbahn nicht so plötzlich daran — er war Marinearzt, nicht wahr? — um sich unter dem Züchermolk zu vergraben!“

„Das haben wir auch oft gesagt, aber er gibt keinerlei Aufschluß.“

„Vielleicht eine unglückliche Liebe?“

„Was auf der Fahrt mit dem Albatros vorgefallen ist, davon wissen wir nichts; wie er sich an Bord begab, war er ein lustiger, aufgeräumter Bursche, er sah allerliebste aus in seiner Uniform, alle Mädchen waren in ihm vernarrt. Und als er zurückkam, war er bleich, gelb, kranklich, still. Er nahm seine Entlassung, daran war nichts zu ändern, und ließ sich in Quinwo! nieder. Etwas Nähe es weiß niemand in der Welt.“

„Ich möchte ihn wohl einmal sehen,“ sagte Betty nachdenklich.

„Nun, so gehe mit, wenn wir einmal bivakieren, das wird ein vergnügter Tag werden. Wenn wir etwas weiter in der Saison sind, dann sind auch mehr Badegäste dort. Sind es schon viele?“

„Vielleicht zehn oder zwölf.“

„Auch junge Mädchen?“

„Ja, auch ein paar.“

Frank stand auf, betrachtete ein paar gelbe Rosen, und als Betty teilnehmend fragte, ob er zum Studieren gemacht habe, erwiderte er gleichgültig: „Am liebsten wohl, aber wenig auf Papier... Ich möchte ein wenig spazieren gehen, meine Damen... bis nachher!“

Als er die Veranda verlassen hatte, begann Frau van Haeren all seine Eigenschaften aufzuzählen.

„Von all meinen Kindern hat er die meiste Ähnlichkeit mit Onkel Theodor; beide leben ganz für ihr Fach.“

„Nur mit dem Keinen Unterchied,“ fiel ihr eine Stimme ins Wort, die aus dem Gartenzimmer kam, daß Onkel Theodor sich verdienstlich macht und Tag und Nacht arbeitet, um seinen Nächsten Gutes zu erzeigen, während Frank sein Leben verbummelt.“

„O, bist du da, Senri?“ sagte eine Mutter ein wenig ärgerlich. „Hast du Frank gesehen?“

„Ja, aber nicht mit ihm gesprochen; er schlenderte an der anderen Seite der Straße daher und sah mich nicht oder wollte mich nicht sehen. Was hat er dort nun wieder ausgeführt?“

„Studien gemacht!“ sagte Meta lachend. „Impressionen in sich aufgenommen.“

„Ich finde doch, daß er sich etwas verändert hat,“ bemerkte Sophie, die ihrem Bruder immer in Schanz nahm; „er ist stiller und ich glaube auch enster. Heute morgen sagte er mir, daß er nun endlich seinen Weg gefunden zu haben glaube.“

„Und wohin führt ihn dieser? Wenn es so weitergeht und Mama ihn nicht zurückhält, so landet er schließlich im Armenhause oder im Narrenhause.“

